

Federführend:

Vorlagen-Nr:

2010/0933

Beschlussvorlage vom 15.12.2010

öffentliche Sitzung

4.1 - Bauverwaltung		Berichterstatter/-in:	Frau Lo Cicero-Marenberg
Beratungsfolge:			
Datum 27.01.2011	Gremium		
	Ausschuss für Stadtentwicklung		
Endgültige Fertigstellung der Baumaßnahme "Weinstraße" und Abschnittsbildung von Bahnhofstraße bis Kurt-Koblitz-Ring			
			Gez. Lo Cicero-Marenberg
Bürgermeister	Erster Beiç	geordneter	Technische Beigeordnete
Dezernent	Kämmerer		Rechnungsprüfungsamt

AZ:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Abschnittsbildung in der Weinstraße von Bahnhofstraße bis Kurt-Koblitz-Ring und stellt fest, dass die Baumaßnahme in diesem Bereich endgültig fertiggestellt ist.

Die Stadt wird den Eigentümern der durch die Anlage erschlossenen Grundstücke öffentlichrechtliche Veranlagungsbescheide zustellen.

Darstellung der Sachlage:

Die Weinstraße wurde im Bereich von der Bahnhofstraße bis zum Kurt-Koblitz-Ring erneuert und verbessert. Die Baumaßnahme wurde am 05.05.2010 abgenommen.

Darstellung der Rechtslage:

Bei diesen Erneuerungs- und Verbesserungsmaßnahmen handelt es sich um eine beitragsfähige Ausbaumaßnahme nach § 8 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen – KAG NRW -.

Gemäß § 4 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Alsdorf vom 12.04.1979 in der z.Z. geltenden Fassung beschließt der Ausschuss für Stadtentwicklung die Abschnittsbildung, wenn der Abschnitt selbständig benutzt werden kann. Der selbständig nutzbare Abschnitt besteht in der Weinstraße von Bahnhofstraße bis Kurt-Koblitz-Ring.

Nach § 6 Abs. 2 der o.a. Satzung beschließt der Ausschuss ebenfalls die endgültige Herstellung der Erneuerung und Verbesserung der Anlage.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Bei der Weinstraße handelt es sich um eine Hauptverkehrsstraße. Gemäß § 3 Abs. 3 der Beitragssatzung sind die Anteile der Beitragspflichtigen wie folgt festgesetzt.

Fahrbahn = 10 %,
Geh- und Radweg kombiniert = 30 %,
Oberflächenentwässerung = 10 %,
Beleuchtung = 10 %,
Parkflächen = 50 %,
Grunderwerb für Geh- und
Radwege = 30 %.

Die beitragsfähigen Kosten betragen insgesamt 1.020.234,84 €. Die bewilligte Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen ist gemäß § 3 Abs. 8 der v.g. Beitragssatzung vorrangig auf den Stadtanteil anzurechnen, nur der übersteigende Betrag ist zur Deckung des übrigen Aufwandes einzusetzen.

Unter Berücksichtigung der Anteile der Beitragspflichtigen, sowie des Zuschusses und den erschlossenen Grundstücksflächen ergibt sich ein m²-Preis von 3,61 €.

Darstellung der ökologischen und sozialen Auswirkungen:

- entfällt -